

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

21.09.2019 /19.20-19.50 Uhr
22.09.2019 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Nach Angriffen auf saudische Öl-Anlagen - Hilfloses US-Krisenmanagement?
- US-Drohneneinsätze – Geheimer Krieg ohne parlamentarische Kontrolle?
- Trotz Kritik der deutschen Werftindustrie – Marineaufträge sollen offenbar weiterhin europaweit ausgeschrieben werden
- Informationsgewinnung bei NATO-Auslandseinsätzen – Spezialisierte Soldaten suchen den Kontakt zur Bevölkerung

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe begrüßt Sie Andreas Flocken.

Heute geht es bei uns um diese Themen:

- US-Drohneneinsätze – Geheimer Krieg ohne parlamentarische Kontrolle?
- Trotz Kritik der deutschen Werftindustrie – Marineaufträge sollen offenbar weiterhin europaweit ausgeschrieben werden. Und:
- Informationsgewinnung bei NATO-Auslandseinsätzen – Spezialisierte Soldaten suchen den Kontakt zur Bevölkerung.

Zunächst jedoch zur Lage in der Golf-Region nach dem Angriff auf Ölanlagen in Saudi-Arabien. Der Dauerkonflikt hat damit eine neue Eskalationsstufe erreicht. Zwar bekunden sowohl Washington als auch Teheran, sie wollten keinen Krieg. Doch die Situation kann schnell außer Kontrolle geraten – nicht zuletzt durch ein schwaches Krisenmanagement der US-Regierung mit widersprüchlichen Signalen, insbesondere durch den US-Präsidenten.

Die USA haben keine Zweifel, dass der Iran hinter den Angriffen steckt. Doch wie auf diese Attacken reagiert werden soll, darüber ist man sich in Washington

uneins. Donald Trump gab sich zunächst kriegerisch, twitterte, die USA stünden Gewehr bei Fuß, die USA seien „locked and loaded“. Wenig später ruderte der US-Präsident allerdings zurück:

O-Ton Trump (Voiceover)

„Ich will keinen Krieg – mit niemandem. Wir haben das stärkste Militär der Welt. Ich will keinen Krieg, aber wir sind dafür besser vorbereitet als alle anderen.“

Außenminister Pompeo, der wenig später nach Saudi-Arabien reiste, sprach von einem kriegerischen Akt durch den Iran. Und andere Trump-Vertraute, wie Senator Lindsey Graham fordern eine militärische Reaktion.

Auch wenn die genauen Hintergründe und Details des Angriffs auf die saudischen Ölanlagen noch offen sind – klar ist, dass die harsche Iran-Politik der USA zur Eskalation beigetragen hat. Die Aufkündigung des Atomdeals und die drastischen Sanktionen haben den Iran wirtschaftlich an den Abgrund gebracht. Gerade das Verbot, Öl zu exportieren, trifft den Iran erheblich. Dem Hessischen Rundfunk sagte der Nahost-Experte Volker Perthes, durch die gegenwärtige Situation werde das iranische Ziel befördert ...

O-Ton Perthes

„zu demonstrieren, dass wenn Iran unter Druck ist, seitens der USA, seitens des Westens, dass es dann auch für andere Staaten am Persischen Golf schwer wird, ihr Öl auf die Weltmärkte zu bringen. Das haben die Iraner durch ihren Präsidenten vor einigen Wochen angedroht. Das scheint sich realisiert zu haben.“

In das gleiche Horn stößt Michael Lüders. Im ZDF wirft der Nahost-Kenner den USA vor, die iranische Führung unterschätzt zu haben:

O-Ton Lüders

„Die Amerikaner haben versucht, mit ihrer Politik des maximalen Drucks, gewissermaßen den Iran in die Kapitulation zu zwingen. Das ist ihnen nicht gelungen. (...) Sie haben sich sozusagen mit Hilfe ihrer Stellvertreter, die sie haben, – Houthis, Hisbollah und wie sie alle heißen – mächtige Verbündete geschaffen. Und die Botschaft dieses Angriffes hier in Saudi-Arabien ist ganz klar: Kommt es zum Krieg gegen uns, gegen den Iran, dann brennt in Saudi-Arabien nicht nur dieses eine Ölfeld, sondern das gesamte Land.“

Erstaunlich ist ebenfalls, dass Saudi-Arabien – ein Land mit dem weltweit drittgrößten Militärhaushalt – nicht in der Lage gewesen ist, diesen Angriff von offenbar relativ einfachen Drohnen und Marschflugkörpern zu erkennen und abzuwehren. Dabei gibt das Land jedes Jahr zig-Milliarden Dollar für die modernsten Waffensysteme aus. Noch mehr Waffen werden das Land wohl kaum sicherer machen.

Eine Erkenntnis, die vielleicht zu einem Umdenken in Saudi-Arabien führen könnte – zumal auch die USA unter Trump als Schutzmacht keine sichere Bank mehr sind. Auch das hat die jüngste Krise am Golf deutlich gemacht.

Möglicherweise können sich die Konfliktparteien vor diesem Hintergrund doch noch durchringen, einen Sicherheitsdialog anzustreben. Das Fernziel könnte eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in der Golf-Region sein. Aber zunächst müssten die verfeindeten Akteure bereit sein, miteinander zu reden. Das allein wäre bereits ein Fortschritt.

Themenwechsel.

Die Supermacht USA verfügen schon seit Jahren über bewaffnete Drohnen, haben diese zu High-Tech Waffen weiterentwickelt. Eingesetzt werden sie im Verborgenen – vor allem um mutmaßliche Terroristen auszuschalten. Vom Targeted Killing ist die Rede, also von gezielten Tötungen. Die Öffentlichkeit erfährt über solche Drohneneinsätze kaum etwas. Auch die US-Abgeordneten werden von ihrer Regierung weitgehend im Dunkeln gelassen. Über den geheimen US-Drohnenkrieg – aus Washington Torsten Teichmann:

Manuskript Torsten Teichmann

US-Präsident Donald Trump spricht viel in Superlativen vor allem, wenn es um die militärischen Möglichkeiten des Commanders-in-Chief geht. Beim Besuch des pakistanischen Premierministers Imran Khan tönte Trump im Juli, er könne den Krieg in Afghanistan innerhalb einer Woche gewinnen.

O-Ton Trump (Voiceover)

„Aber ich will keine 10 Millionen Menschen umbringen. Ich habe Pläne für Afghanistan. Wenn ich es darauf anlegen würde, den Krieg zu gewinnen, würde Afghanistan von der Erdoberfläche verschwinden. Es wäre tatsächlich in zehn Tagen vorbei. Aber ich möchte diesen Weg nicht einschlagen.“

Geht es dagegen um die tatsächliche Opferzahlen bei Einsätzen des US-Militärs und der Geheimdienste, ist die US-Administration äußerst zurückhaltend. Im März hatte Präsident Trump zum Beispiel eine Richtlinie seines Vorgängers gestrichen. Die sah vor, dass das Weiße Haus jährlich einen Bericht veröffentlicht zu US-Kampfeinsätzen mit Drohnen in Pakistan, Jemen und Somalia – zusammen mit Informationen über getötete Frauen, Kinder und Männer. Das gilt nicht länger. Experten wie Emily Manna sagen, die Geheimniskrämerei sei schon in der Zeit der Obama-Administration groß gewesen. Aber unter Trump sei es noch viel schlimmer geworden, so Manna bei einer Veranstaltung des CATO Instituts in Washington:

O-Ton Manna (Voiceover)

„Was wir erleben, ist Geheimhaltung der Geheimhaltung wegen. Dinge bleiben geheim, weil die Administration der Meinung ist, dass sie der Öffentlichkeit keine Informationen über Auslandseinsätze schuldet.“

In einer Studie der Meinungsforscher des Pew Research Centers unterstützt die Hälfte der Befragten US-Amerikaner militärische Angriffe mit Drohnen. Aber 80 Prozent haben Sorge, dass dabei Zivilisten in Gefahr geraten. Die Studie stammt aus dem Jahr 2015. Und es scheint, als halte die gegenwärtige US-Administration Informationen zurück, damit Zweifel am militärischen Vorgehen nicht noch größer werden. Für Dan Mahanty vom Zentrum für Zivilisten in Konflikten spielen solche Überlegungen keine Rolle, wie er in einem Telefoninterview von seinem Haus in Kansas aus erklärt:

O-Ton Mahanty (Voiceover)

„Unabhängig davon, ob Meinungsumfragen das hergeben: Die amerikanische Öffentlichkeit will verstehen oder sollte verstehen, wo das US-Militär Krieg führt, wo die Regierung Krieg führt, mit welchem Zweck und zu welchen Kosten. Auf der Basis können sie politische Entscheidungen treffen. Das ist ein Prinzip unserer Demokratie.“

Werden Einsätze ohne ausreichende Kontrolle also zur Gefahr für Amerikas Demokratie? Bleiben wir beim Beispiel der Drohnen: Die gezielte Tötung mutmaßlicher Terroristen durch US-Geheimdienste und das Militär gehört seit den Anschlägen vom 11. September 2001 zum Arsenal im Krieg gegen den Terror. Das Programm lag später wie ein Schatten über der Präsidentschaft von Barak Obama. Der Präsident räumte Schwierigkeiten ein, so zum Beispiel im April 2016:

O-Ton Obama (Voiceover)

„Es gab berechtigte Kritik, dass der rechtliche Rahmen für Drohnenangriffe nicht präzise genug ist. Und kein Zweifel: Es wurden Zivilisten getötet, was nicht hätte passieren dürfen.“

Im Sommer 2016 veröffentlichte die Obama-Administration zum ersten Mal Zahlen zu den zivilen Opfern ihrer Politik außerhalb der großen Konfliktherde Afghanistan und Irak. Danach sollen zwischen 2009 und 2015 116 Zivilisten bei Angriffen mit Drohnen in Pakistan, Jemen und Somalia ums Leben gekommen sein. Tatsächlich dürften es damals schon mehr als 800 Tote gewesen sein, schreibt Nicholas Grossmann, der Autor des Buchs „Drohnen und Terrorismus“. Die Administration aber hatte alle getöteten Männer im wehrfähigen Alter in ihrer Statistik als Militante eingestuft, außer es gab eindeutige Beweise, dass dem nicht so war, schreibt Grossmann. Obama unternahm immerhin am Ende seiner Amtszeit den Versuch, den Einsätzen einen rechtlichen und administrativen Rahmen zu geben. Mit einem Entscheidungsprozess, an dem das Weiße Haus und zunehmend das Pentagon beteiligt waren:

O-Ton Obama (Voiceover)

„Eine Ursache des Problems besteht darin, dass das Drohnenprogramm ursprünglich von Seiten der Geheimdienste statt des Militärs kam. Ich will nicht, dass unsere Geheimdienste paramilitärische Organisationen werden. Die Aufgaben sollten so weit wie möglich vom Verteidigungsministerium übernommen werden, damit wir hinterher berichten können: Das haben wir getan, das waren die Gründe, das ist unserer Auffassung nach passiert.“

Die Trump-Administration kritisierte diese Regelungen als Mikro-Management. Man habe die Entscheidung wieder an die Kommandeure im Feld gegeben, war gleich zu Beginn der Amtszeit von Donald Trump zu hören. Nach Angaben des Zentrums zum Studium von Drohnen an der Bard Universität, im US-

Bundesstaat New York, ist das Budget für unbemannte Systeme im Verteidigungshaushalt dieses Jahres mit einem Mal um ein Drittel, auf neun Milliarden US-Dollar gestiegen. Die Transparenz hält mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Der US-Kongress hat immerhin durchgesetzt, dass das Verteidigungsministerium über zivile Opfer bei Luftschlägen informieren muss. In der Regel untersucht das Militär die Folgen eines Angriffs, Experten sprechen vom sogenannten Battle Damage Assessment. Aber Daphne Eviatar von Amnesty International in den USA geht das nicht weit genug. Bei der Konferenz des CATO-Instituts kritisiert sie, dass die US-Streitkräfte häufig nur schätzen können, wie viele Frauen, Männer und Kinder womöglich getötet worden sind.

O-Ton Eviatar (Voiceover)

„Wir versuchen das Militär zu überzeugen, dass sie nach einem massiven Angriff, bei dem sie ein Gebiet bombardiert haben oder mit Artillerie beschossen haben, dorthin gehen und herausfinden, wer getötet worden ist. Wer sind diese Menschen?“

Das würde die Differenz zwischen den Opferzahlen von Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty und denen des Militärs verringern. Dan Mahatny lobt im Gespräch die Zusammenarbeit seiner Organisation mit dem Pentagon. Aber was die Einsätze der Geheimdienste angeht, habe die Administration alle bisherigen Entscheidungen rückgängig gemacht:

O-Ton Mahatny (Voiceover)

„Uns fehlt jede Vorstellung davon, wie Angriffe der CIA vor sich gehen und ob die CIA immer noch welche durchführt. Aber noch wichtiger: Das Ende der Obama Regeln sorgt für viele Widersprüchlichkeiten innerhalb der Regierung. Es ist möglich, dass Angriffe irgendwo auf der Welt ausgeführt werden ohne jede Rechenschaft und Transparenz. Wir wissen es einfach nicht, denn es gibt keine Pflicht, darüber zu berichten.“

Für den Vorwurf, Trump befehle deutlich mehr Drohnenangriffe als sein Vorgänger Obama, findet Autor Nicholas Grossman in den Zahlen von Nicht-Regierungsorganisationen keine Belege. Allerdings habe sich der Focus verändert: Grossmann führt mehr Angriffe in Somalia und in Kriegsgebieten wie Afghanistan auf.

Je länger die Konflikte dauern und je weniger Informationen verfügbar sind, umso größer wird der Appetit auf einfach klingende Lösungen. Die Drohung

von Präsident Trump, er könne den Krieg in Afghanistan innerhalb weniger Tage gewinnen, mit verheerenden Folgen für das Land und dessen Bevölkerung, ist ein erschreckendes Beispiel dafür.

* * *

Flocken

Torsten Teichmann berichtete.

Der Werftindustrie in Deutschland geht es nicht gut. Ein Hoffnungsträger und wichtiger Auftraggeber ist daher die Bundeswehr. Seit langem bemüht sich eine Allianz aus Wirtschaftsvertretern, Gewerkschaftern und Politikern, Marineaufträge künftig nur national zu vergeben und nicht europaweit auszuschreiben. Man glaubte sich bereits am Ziel. Doch jetzt haben diese Bemühungen offenbar einen Rückschlag erlitten. Zu den Hintergründen – aus Kiel Christian Wolf:

Manuskript Christian Wolf

Die Deutsche Marine braucht nach eigenen Angaben dringend neue Schiffe. Doch statt sich wie andere EU-Staaten auf den Artikel 346 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu berufen und nur innerhalb des eigenen Landes Aufträge zu erteilen, hat Deutschland den letzten milliardenschweren Marine-Auftrag europaweit ausgeschrieben. Doch das wollen die Koalitionsparteien gerne ändern. Zur Stärkung der heimischen Wirtschaft haben Unionsparteien und SPD deshalb in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass der Marine Überwasserschiffbau zur Schlüsseltechnologie erklärt werden soll. Geplant ist einen entsprechenden Kabinetts-Beschluss in wenigen Wochen auf den Weg zu bringen. Doch bringt das überhaupt etwas? Erst vor kurzem hatte der Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Andreas Krause, über den Nachrichtendienst Twitter mitgeteilt, dass die Marine zwei neue Tanker bekommt. Aus dem Bundesverteidigungsministerium heißt es dazu - Zitat:

Zitat

„Die Vergabe wird derzeit vorbereitet. Es ist beabsichtigt, die Leistung im Rahmen eines europäischen Wettbewerbs zu vergeben.“

Die Indienststellung der beiden Schiffe ist für 2024 geplant. Das zuständige Beschaffungsamt – kurz BAAINBw – will sich frühestens im kommenden Jahr mit den Planungen befassen, teilt es auf Anfrage von NDR Info mit.

Zitat

„Eine Entscheidung darüber, wie die Tanker ausgeschrieben werden, ist noch nicht getroffen worden. Dies wird noch in der zu erarbeitenden Entscheidung über die Vergabeart festgelegt werden.“

Nicht nur bei der Beschaffung der beiden Tanker gibt es unterschiedliche Ansichten. Auch will sich kein Ministerium darauf festlegen, wie nach dem erwarteten Kabinetts-Beschluss, der den Marine-Überwasserschiffbau zur Schlüsseltechnologie erklären soll, künftig ausgeschrieben wird. Auf NDR Info-Nachfrage äußert sich das Bundesverteidigungsministerium wie folgt:

Zitat

„Derzeit werden Prozess, mögliche Inhalte und Zeitlinien erörtert. Weitere Details hierzu bitte ich zuständigkeitshalber gegebenenfalls bei den Kolleginnen und Kollegen des BMWi zu erfragen.“

Die Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums dazu lautet:

Zitat

„Die Pflicht zur europaweiten Ausschreibung von Aufträgen ergibt sich aus dem EU-Vergaberecht, das in Deutschland im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und den dieses näher ausgestaltenden Rechtsverordnungen umgesetzt wurde. In den hierin definierten Fällen ist grundsätzlich europaweit auszuschreiben, es sei denn, im Einzelfall ist eine Ausnahmenvorschrift anwendbar, die es gestattet, einen Auftrag ohne vorherige Ausschreibung zu vergeben.“

Ein solcher Ausnahmefall kann beispielsweise vorliegen, wenn der Auftrag, neben anderen Voraussetzungen, wesentliche Sicherheitsinteressen Deutschlands berührt. So erklärt es zumindest das Bundeswirtschaftsministerium gegenüber NDR Info.

Zitat

„Ein Indiz für das Vorliegen wesentlicher Sicherheitsinteressen besteht etwa dann, wenn der Auftrag die Beschaffung einer verteidigungsindustriellen

Schlüsseltechnologie betrifft. Allerdings ist immer eine Prüfung im konkreten Einzelfall durch die beschaffende Stelle erforderlich.“

Kurz gesagt: weder Bundesverteidigungsministerium noch Bundeswirtschaftsministerium wollen sich festlegen, bleiben genauso vage wie das Beschaffungsamt. Jahrelang haben sich Politiker, Industrie und Gewerkschaften dafür eingesetzt, den Marine-Überwasserschiffbau zur Schlüsseltechnologie zu erklären, in der Hoffnung Aufträge im Land zu behalten. Entsprechend fallen jetzt die Reaktionen aus, wie von Meinhard Geiken von der IG Metall Küste.

O-Ton Geiken

„Ich bin fassungslos, muss ich sagen. Wir haben eine Situation, dass wir im Koalitionsvertrag stehen haben, dass man Überwasserschiffbau zur Schlüsseltechnologie machen will. Die Signale die wir hatten, waren ganz eindeutig, dass es auch so kommen wird. Das was wir jetzt hören, ist einfach ein Signal in die falsche Richtung und ich frag mich, wer das Sagen hat – entweder die Politik oder das Beschaffungsamt.“

Doch warum jetzt? Warum so kurz vor dem angekündigten Kabinettsbeschluss? Reinhard Lücken, Hauptgeschäftsführer des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik vermutet dahinter politisches Kalkül. Seiner Meinung nach soll so ein europäischer Binnenmarkt für Rüstungsgüter geschaffen werden, was der Verband auch im Prinzip unterstützt.

O-Ton Lücken

„Nur die anderen Mitgliedsstaaten ziehen ja nicht mit. Und ein Binnenmarkt, der nur von der einen Seite bedient wird, als Kunde sozusagen, damit sind wir natürlich nicht einverstanden. Eine Einbahnstraße kann es da nicht geben. Versuchen Sie mal als deutsche Marine-Werft den Holländern ein Marineschiff zu verkaufen oder den Franzosen oder den Italienern oder den Spaniern – null Chance! Also das können sie komplett vergessen. Und solange das so ist, macht es ja keinen Sinn, dass Deutschland da voran schreitet.“

Auch die IG Metall sieht grundsätzlich für alle in der Schaffung eines Binnenmarktes für Rüstungsgüter nur Chancen. Allerdings lehnt auch die Gewerkschaft eine einseitige Auslegung ab. Meinhard Geiken.

O-Ton Geiken

„Das ein Auftragsvolumen von mehreren Milliarden Euro mit deutschen Steuergeldern dann auch nicht in Deutschland gemacht wird, das kann man

nicht erklären. Das könnte man nun dann erklären, wenn man auch von den anderen Ländern auch solche Projekte bekommt. Aber solange das nicht der Fall ist, sehen wir halt die Notwendigkeit, dass wir den Überwasserschiffbau als Schlüsseltechnologie einstufen und das bedeutet, dass die Bundesregierung letztendlich entscheidet, welche Werft, welche Arbeitspakete, welche Systemtechnologie kommt da rein. Und dann wird das gebaut.“

Muss Deutschland aber überhaupt den Marine-Überwasserschiffbau zur Schlüsseltechnologie erklären, um nicht mehr europaweit ausschreiben zu müssen? Tatsächlich könnte Deutschland sich aufwendige Ausschreibungen ersparen und wie andere EU-Staaten auch auf den Artikel 346 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hinweisen. Daniel Soudry, Fachanwalt für Vergaberecht.

O-Ton Soudry

„Wenn öffentliche Auftraggeber oder die Bundesregierung sich auf diesen Artikel berufen, dann müssen sie überhaupt kein Vergabeverfahren durchführen. Das betrifft im wesentlichen Vergaben, bei denen die wesentlichen Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik betroffen sind. Wenn der öffentliche Auftraggeber dann entscheidet, dass es für die Wahrung dieser Interessen erforderlich ist kein Vergabeverfahren durchzuführen. Dann darf er auch ohne Vergabeverfahren Aufträge vergeben.“

Norbert Brackman, Koordinator der Bundesregierung für maritime Wirtschaft, hat maßgeblich dazu beigetragen, den Marine-Überwasserschiffbau künftig zur Schlüsseltechnologie zu erklären. Damit habe die Bundesregierung die gleichen Möglichkeiten wie mit dem Artikel 346, der zudem innerhalb der EU umstritten sei. Mit dem Hinweis auf die Schlüsseltechnologie hat die entsprechende Vergabestelle seiner Meinung nach daher die Möglichkeit zu wählen – von einer europaweiten Ausschreibung bis zur Direktvergabe.

O-Ton Brackmann

„Das heißt sie hat mehr Möglichkeiten. Was es nicht geben wird, ist eine Vorgabe, dass Vergaben immer in ein und derselben Art und Weise erfolgen. Und insofern wird es auch über den Einzelfall durchaus unterschiedliche Ansichten geben und das werden wir schon sehen bei dem Beispiel der Vergaben der beiden Nachfolge-Tanker. Auch da wird es mit Sicherheit diese Diskussion geben. Und die werden wir nicht verhindern können und ich sage dazu, die wollen wir auch nicht verhindern.“

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther hat sich seit Jahren dafür eingesetzt, dass der Marine-Überwasserschiffbau zur Schlüssel-Technologie erklärt wird. Bei den Koalitionsverhandlungen war er an diesem Punkt sogar maßgeblich beteiligt. Daher hofft er jetzt auf ein Einlenken aller Beteiligten.

O-Ton Günther

„Wenn das definiert wird, muss das auch automatisch heißen, dass dann auf Ausschreibungen im großen Maße verzichtet werden kann. Das ist auch möglich. Und ansonsten macht ja auch eine Einstufung als Schlüssel-Technologie gar keinen Sinn. Von daher bin ich mir sicher und appelliere auch an alle Verantwortlichen in der Bundesregierung, das genau auch so umzusetzen.“

* * *

Flocken

Ein Bericht von Christian Wolf.

Bei NATO-Auslandseinsätzen spielt die Bevölkerung am Einsatzort eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Stimmung der Menschen kann über Erfolg oder Misserfolg einer Militäroperation entscheiden. Bei Auslandseinsätzen sind daher immer speziell ausgebildete Soldaten dabei. Sie sind für die zivil-militärischen Zusammenarbeit zuständig und halten den Kontakt zu den Einheimischen. Bei den NATO-Mitgliedern hat diese Aufgabe allerdings einen unterschiedlichen Stellenwert. Christian Peter weiß mehr:

Manuskript Christian Peter

Oberstleutnant Helge Rücker war als sogenannter CIMIC-Offizier in mehreren Auslandseinsätzen. Der Stabsoffizier der Bundeswehr aus der Kaserne im niedersächsischen Nienburg beschreibt seine militärische Hauptaufgabe so:

O-Ton Rücker

„CIMIC ist eine englische Abkürzung und bedeutet ‚Civil-Military Cooperation‘. Im Deutschen nennen wir das zivil-militärische Kooperation. (...) Wir informieren unseren Kommandeur, das ist unser oberster Chef im Einsatz, auf der jeweiligen Ebene wo wir arbeiten, darüber, was im zivilen Umfeld so

passiert und stattfindet - in humanitärer Hinsicht vor allen Dingen - und über mögliche Auswirkungen auf unseren eigenen Auftrag.“

Die NATO hat für Einsätze festgelegt, dass immer die Situation der Bevölkerung vor Ort bei militärischen Operationen berücksichtigt werden muss. Sogenannte Feldkräfte – im englischen „fieldworker“ – besorgen die Informationen. In kleinen Trupps suchen sie daher gezielt den Kontakt zu Lokalpolitikern, Bürgermeistern oder anderen Multiplikatoren und Akteuren im Einsatzgebiet. Im militärischen Führungsstab der Einsatzkräfte werden dann die so gewonnenen Informationen von Experten – sogenannte „staffworkers“ – in der Stabsabteilung „J9“ gesammelt und sozusagen Puzzlestein für Puzzlestein zusammengesetzt. Auf diese Weise entsteht für die Militärs ein sogenanntes ziviles Gesamtbild. Seine Bewertung geht ein in die militärische Lagebeurteilung und ist insofern für die Militäroperation von Bedeutung. Oberstleutnant Kai Friedrich ist Berufssoldat und einer von 200 deutschen CIMIC-Soldaten in Nienburg. Er weiß, welche Informationen wichtig sind und nennt einige Beispiele:

O-Ton Friedrich

„Welche Nöte gibt es in der Zivilbevölkerung? Wer hat dort das sagen? Wer ist unser Ansprechpartner? Wer ist auf staatlicher Seite vorhanden? Welche Aufgaben nehmen die wahr? Wer ist weiterhin in einem Einsatzgebiet, in dem wir uns ja auch frei bewegen wollen, vorhanden? Auf wen müssen wir eventuell Rücksicht nehmen? Welche Hilfsorganisationen sind dort unterwegs? Mit wem können wir eventuell kooperieren? Und hierfür ist für die Abstimmung die Stabsabteilung 9 zuständig: CIMIC.“

Die Stabsabteilung 9 oder J9 ist inzwischen Standard in allen Führungsstäben innerhalb der NATO. Jeder Kommandeur einer Brigade oder eines Einsatzverbandes im Auslandseinsatz hat also CIMIC-Fachpersonal, das ihm verifizierte Informationen über die zivile Lage verschafft und so aufbereitet, dass ihm klar wird, was zivile Entwicklungen für die eigenen Vorhaben bedeuten. Allerdings gibt es in der NATO nur wenige CIMIC-Spezialisten. Deutschland ist gegenwärtig der zweitgrößte Truppensteller nach den USA. Viele NATO-Mitglieder verfügen nur über eine Handvoll CIMIC-Spezialisten. Für deren Ausbildung unter einsatznahen Bedingungen fehlt ihnen die Infrastruktur. Sie kommen daher regelmäßig zur weltweit größten multinationalen CIMIC-Übung – „Joint Cooperation“ – im deutschen Übungszentrum in Nienburg. Die Bundeswehr hat auf

diesem Gebiet eine Führungsrolle übernommen. Der Kommandeur des Zentrums für Zivil-Militärische Zusammenarbeit, Oberst Andreas Timm:

O-Ton Timm

„Also die CIMIC-Kräfte, auch von den anderen Partnernationen, sind teilweise vom Umfang her sehr gering. Hier kann Deutschland diese eine Plattform anbieten, dass wir hier gemeinsam ausbilden und üben können. Und das beabsichtigen wir auch mit dem ‚Multinational CIMIC Command‘ weiter zu realisieren.“

Denn Ende September wird das Zentrum in Nienburg umgewandelt zum CIMIC Command. Auf diese Weise will man in der NATO noch enger als bisher zusammenarbeiten und wesentlich effizienter werden. Hintergrund sind die knappen Finanzmittel, vor allem bei den europäischen Mitgliedern. Ein weiterer Grund: Nach dem von allen NATO-Staaten beschlossenen sogenannten „Framework Nation Concept“ – zu Deutsch Rahmennationenkonzept – übernimmt Deutschland bei der zivil-militärischen Zusammenarbeit eine Führungsrolle. Die Bundeswehr hat hierfür gute Voraussetzungen, – beispielsweise durch die regelmäßigen CIMIC-Übungen „Joint Cooperation“. Oberstleutnant Friedrich:

O-Ton Friedrich

„Diese multinationale Zusammenarbeit brachte uns dazu, nicht nur im Bereich der Übung zusammenzuarbeiten, sondern auch im Bereich der Ausbildung / Lehre, aber auch der Weiterentwicklung. So entstand ein Kooperationsmodell zuerst mit den Niederländern, später unter Einbindung auch belgischer, dänischer und polnischer Kräfte, die Ausbildung gemeinsam zu gestalten. Wir haben hier aufgrund der engen Verbindung gerade zu unseren niederländischen Partnern ein multinationales Ausbildungsmodell entworfen, das für alle Kräfte entlastend ist und eine zentrale Ausbildung im Bereich CIMIC, innerhalb der NATO, aber auch innerhalb Europas, innerhalb unseres Partnernetzwerkes sicherstellt. Und so war für uns der nächste Schritt eigentlich folgerichtig zu sagen: Wir möchten hier am Standort Nienburg das, was wir schon real haben, nämlich eine multinationale Ausbildung, eine multinationale Übungstätigkeit und eine enge Abstimmung für die Einsätze auch zu institutionalisieren. Und so entstand die Idee, ein multinational CIMIC Command zu gründen.“

Doch bei der Umsetzung des ambitionierten Vorhabens gilt es, noch diverse Hürden zu überwinden. Im Grunde sind dies oftmals die gleichen Probleme, die auch in Auslandseinsätzen auftreten: Da sind zum Beispiel die NATO-

Vorschriften, die unterschiedlich ausgelegt werden. Aber auch kulturelle Unterschiede können bei gemeinsamen NATO-Einsätzen eine Herausforderung sein. Oberstleutnant Rücker:

O-Ton Rücker

„Ja selbst heute stell ich immer wieder fest, dass es doch Unterschiede in den Nationen gibt. Das fängt damit an, wenn ich als Deutscher sage „morgen um acht Uhr haben wir Ausbildungsbeginn“, heißt das nicht, dass alle Nationen das gleichermaßen verstehen. Sondern, da ist eine gewisse andere Herangehensweise, eine lockere Herangehensweise durchaus üblich. Die kommen dann halt erst um acht Uhr fünfzehn, um acht Uhr dreißig. Das heißt ja nicht, dass sie schlechtere Soldaten sind. Sie haben nur ein anderes Verständnis von solchen Dingen.“

Doch während kulturelle und fachliche Unterschiede vielleicht auf Arbeitsebene auflösbar sind, gibt es auch strukturelle Unterschiede, die bei besserer Zusammenarbeit zum Thema werden. Einige NATO-Streitkräfte verfügen für Auslandseinsätze über keine speziellen sogenannten Feldkräfte – also Soldaten, die Informationen bei zivilen Ansprechpartnern beschaffen sollen. Zum Beispiel Norwegen. Oberst Roy Olsum von den norwegischen Streitkräften:

O-Ton Olsum

„The CIMIC Task is done by the homeguard in Norway.“

In Norwegen halten also Kräfte des Heimatschutzes den Kontakt zu den zivilen Stellen des Landes. Es gibt keine für Auslandseinsätze ausgebildeten Spezialisten. Norweger beteiligen sich daher unter anderem an der CIMIC-Übung „Joint Cooperation“ in Nienburg, weil ihnen der Erfahrungshorizont auf der untersten taktischen Ebene gänzlich fehlt. Ein weiteres Problem ist, dass es in den Streitkräften der NATO-Mitgliedsländer ein unterschiedliches Verständnis von CIMIC gibt. Die Bundeswehr trennt in einem Einsatzland die Aufgabenbereiche Öffentlichkeitsarbeit, psychologische Kriegsführung – also „Psychological Operations“ – sowie die nachrichtendienstliche oder militärische Aufklärung deutlich von der Aufgabe der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Andere Nationen sehen keine Notwendigkeit, diese Rollen zu trennen. Oberstleutnant Ole Laursen gehört zum CIMIC-Zug eines dänischen Aufklärungs-Regiments:

O-Ton Laursen (Voiceover)

„Wir sprechen von Informations-Aktivitäten. Dabei verschmelzen CIMIC-Missionen und Psychologische Kriegsführung. Das gilt auch für unsere Teams. Die machen sowohl zivil-militärische Zusammenarbeit als auch psychologische Kriegsführung.“

Die dänischen CIMIC-Soldaten haben also keine Probleme, Zielgruppen im Einsatzland psychologisch zu beeinflussen bzw. zu manipulieren, gleichzeitig aber Informationen für ein ziviles Lagebild zu beschaffen. CIMIC-Spezialisten der Bundeswehr dagegen ist die psychologische Kriegsführung aufgrund nationaler Vorschriften nicht erlaubt. Dieses unterschiedliche CIMIC-Verständnis ist ein bisher ungelöstes Problem. Offen ist, ob sich Deutschland hier auf die anderen NATO-Länder zu bewegen wird. Es ist in erster Linie eine politische Frage.

Nach der Umgliederung des Nienburger Zentrums für zivil-militärische Zusammenarbeit zum multinationalen CIMIC Command am 30. September soll es an dem Standort künftig mehr deutsche CIMIC-Soldaten geben. Dabei gibt es eine Schwierigkeit: CIMIC ist keine eigene Truppengattung. Und es ist offen, wo das erforderliche neue Personal herkommen soll. Der Kommandeur Andreas Timm:

O-Ton Timm

„Da CIMIC keine eigene Laufbahn ist, sind wir angewiesen auf die großen Truppensteller Heer, Luftwaffe, Marine – also die großen Uniformträgerbereiche – uns Personal abzustellen für die Zeit von drei bis mehr Jahren. Wir werden einen geringen Aufwuchs haben und den werden wir sicherlich auch innerhalb der Streitkräftebasis oder innerhalb der Bundeswehr selber ableiten müssen.“

Oberst Timm ist trotz der angespannten Personallage zuversichtlich, die Stellen nach und nach besetzen zu können. Ob das multinationale CIMIC-Kommando allerdings wie geplant in fünf Jahren volle Einsatzbereitschaft erreichen wird, ist offen. Das hängt nämlich nicht allein von der Bundeswehr ab. Eine wichtige Rolle spielen auch die NATO-Bündnispartner und ihre Bereitschaft, bei CIMIC-Aufgaben intensiver als bisher zusammenzuarbeiten.

Flocken

Soweit Christian Peter.

Soviel für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen – in der ARD-Audiothek oder unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.